

che Entwicklung in den einzelnen Regionen, die häufig fehlende Konsolidierung der neunjährigen Schulpflicht nach ihrer Einführung und die hohen Schulabbrecherquoten genannt. (RM-RB, 3.11.99, S.3)

Von den drei untersuchten Gebieten gehören Henan und Chongqing zu den Provinzen, in denen das Bildungswesen auf mittlerem Niveau entwickelt ist, während Guangxi in dieser Hinsicht eher zu den unterentwickelten Gebieten zählt. Für das Ziel, die neunjährige Schulpflicht „im wesentlichen“ bis zum Ende des Jahres 2000 verwirklicht zu haben, sind Fortschritte bei den mittleren Provinzen besonders wichtig.

Zu den genannten Problemen kommt noch ein gravierendes hinzu: die gefälschten Berichte der jeweiligen offiziellen Stellen. Auf dieses Problem hat das Bildungsministerium kürzlich aufmerksam gemacht und fordert, gegen gefälschte Bildungsstatistiken vorzugehen. Daß der Grad der Einführung der neunjährigen Schulpflicht und der Bekämpfung des Analphabetentums vielfach zu positiv dargestellt würde, schade der Entwicklung des Bildungswesens und sei nicht im Interesse der Bevölkerung. Begrüßt wurde ausdrücklich, daß in jüngster Zeit Journalisten derartige Fälschungen in einzelnen Kreisen der Provinzen Anhui, Jiangxi, Hubei und Hunan aufgedeckt hatten. Vonseiten des Ministeriums wurde darauf hingewiesen, daß die Erfüllung dieser beiden wichtigsten Aufgaben im Bildungswesen auch im neuen Jahrhundert auf der Tagesordnung stehe. Dann sei vor allem die Konsolidierung der bisherigen Aufbauarbeit erforderlich. (RM-RB, 4.11.99, S.5)

Auf unterer Ebene fälschen die örtlichen Kader vielfach die Bildungsstatistiken, um sich gegenüber der nächst höheren Ebene in gutem Lichte darzustellen und um zu vertuschen, daß sie die für das Schulwesen bestimmten Gelder häufig für andere Zwecke verwenden. -st-

Außenwirtschaft

21 Bundeskanzler Schröder in China

Anfang November besuchte Bundeskanzler Schröder zusammen mit Bundeswirtschaftsminister Müller und einer Delegation hochrangiger Wirtschaftsvertreter die VR China. Im Mittelpunkt des Besuchs standen Wirtschaftsfragen, die während des letzten Kurzbesuchs Schröders im Mai d.J. nicht diskutiert werden konnten.

Bundeskanzler Schröder begann seinen dreitägigen Besuch in Shanghai. Während einer Stippvisite bei VW eröffnete Schröder eine neue Spritzanlage für Fahrzeuge der Marke Santana. (NZZ, 4.11.99) Während des Kanzlerbesuches gab Volkswagen bekannt, daß das Unternehmen weitere 1,6 Mrd. US\$ in den nächsten fünf Jahren in Shanghai investieren wolle.

In Anwesenheit von Bundeswirtschaftsminister Müller und dem chinesischen Minister für Außenhandel und wirtschaftliche Zusammenarbeit Shi Guangshen wurde in Beijing die Deutsch-Chinesische Industrie- und Handelskammer eröffnet. Die Genehmigung hierzu hatte der Staatsrat erst Anfang November erteilt, da die chinesischen und die deutschen Vorstellungen über die Mitgliedschaft in dieser Institution nicht übereinstimmten. So lehnt die chinesische Regierung die eigenständige Mitgliedschaft von deutsch-chinesischen Joint Venture-Unternehmen sowie von chinesischen Führungskräften als Mitglieder aus innenpolitischen Gründen ab. Weiterhin beschränken die chinesischen Vorschriften die Gründung auf nur eine Kammer mit Sitz in Beijing. Präsident der Kammer ist Ernst Behrens von der Siemens AG. (NfA, 8.11.99)

Handelskammerpräsident Behrens zeigte sich optimistisch hinsichtlich des Investitionsklimas in Shanghai. So plane die Siemens Shanghai Mobile Communications Ltd. die Aufnahme eines Kredits in Höhe von rd. 120 Mio. US\$ bei der Bank of China mit dem Ziel, den Verkaufsumsatz auf 7,3 Mrd. Yuan (880 Mio.

US\$) im nächsten Jahr zu verdoppeln. Ein Drittel der insgesamt 56 Joint Venture-Unternehmen von Siemens befinden sich in Shanghai. Zu den deutschen Unternehmen, die vor kurzem nach Shanghai gingen, zählen auch Krupp und Thyssen, die in Shanghai in die Produktion von rostfreiem Stahl investierten. Insgesamt sollen nach Angaben des Shanghai Foreign Investment Working Committee in den letzten neun Monaten 25 deutsche Investitionsprojekte mit einem vertraglich zugesagten Kapital in Höhe von 226 Mio. US\$ registriert worden sein. Damit lag Deutschland auf dem dritten Platz der Investoren neben den Niederlanden, hinter Hong Kong und den USA. (XNA, 11.11.99)

Während des Schröder-Besuchs wurden zwei Abkommen mit einem Wert von 5,9 Mrd. DM unterzeichnet. Im einzelnen handelt es sich um ein sogenanntes „Memorandum of Understanding“ über den Bau einer petrochemischen Fabrik, die Kunststoffvorprodukte herstellen soll. Geplant ist ein Joint Venture zwischen der BASF in Ludwigshafen und der staatlichen Firma Sinopec mit einem Investitionsvolumen von rd. 5 Mrd. DM. Eine zweite Absichtserklärung hat die Form eines „letter of intent“ und wurde zwischen der Bayer AG, Leverkusen, und einer Shanghai-Firma unterzeichnet. Auch hierbei geht es um die Produktion von Kunststoffvorprodukten; der Investitionswert beläuft sich auf 0,9 Mrd. DM. (NfA, 4.11.99) Am geplanten Joint Venture ist die Bayer Shanghai GmbH mit 90% und die Shanghai Chloralkali mit 10% beteiligt. (NfA, 5.11.99)

Nach Angaben der BASF wird das geplante Joint Venture in Nanjing gebaut werden. Hier soll ein moderner petrochemischer Verbundstandort entstehen. Der wichtigste Teil des Komplexes ist eine Anlage zur Herstellung von Ethylen mit einer jährlichen Kapazität von 600.000 t. Verhandlungen über das Projekt laufen bereits seit mehreren Jahren. Bereits im März 1996 wurde von beiden Partnern eine Absichtserklärung unterzeichnet, im Dezember 1997 stimmten die chinesischen Behörden dem Projekt zu, und inzwischen ist auch die Wirtschaftlichkeitsstudie nahezu abgeschlossen. Die Gründung des Gemeinschaftsunternehmens ist für Juni 2000 geplant,

im Jahr 2004 soll mit der Produktion begonnen werden. (NfA, 5.11.99)

Zu den Themen, die von Bundeskanzler Schröder während des Besuchs angesprochen wurden, zählten auch Fragen der Rechtssicherheit. Vor der deutschen Kaufmannschaft in Shanghai betonte Schröder in einer Rede, daß für den Transfer neuester Technologie aus dem Ausland auch ein entsprechender rechtlicher Schutz von der chinesischen Seite gewährleistet werden müsse. (NfA, 4.11.99)

Ministerpräsident Zhu Rongji soll sich im Gespräch mit Schröder am deutschen Transrapid interessiert gezeigt haben. Das Interesse konkretisierte sich im Abschluß einer Absichtserklärung (letter of intent) zwischen dem Transrapid-Konsortium der Thyssen Krupp, der Adtranz und der Siemens AG sowie dem chinesischen Forschungsministerium. In dieser Absichtserklärung wurde festgelegt, daß erste Studien über die mögliche Realisierung des Projektes auf einer Teststrecke ausgearbeitet werden. Sowohl die chinesische als auch die deutsche Seite betonten jedoch, daß das Projekt noch in den Anfängen stecke und viele Einzelfragen zu klären sind. Darunter sicherlich auch die der Finanzierung. Schätzungen zufolge würde das Investitionsvolumen für die Strecke Beijing-Shanghai bei rd. 50 Mrd. DM liegen. (NfA, 8.11.99)

In einer Stellungnahme zum Transrapid-Projekt wies Bundesverkehrsminister Klimmt darauf hin, daß der Bund nicht bereit sei, die Shanghai-Beijing-Strecke zu finanzieren. Fraglich sei, ob China diese Kosten selbst aufbringen könne. (FAZ, 18.11.99)

Zu den Aktivitäten deutscher Unternehmen in den letzten Monaten in China zählt u.a. die Eröffnung eines Supermarktkomplexes von Metro in der Hauptstadt der Provinz Jiangsu Anfang November d.J. Der Metro Nanjing Supermarket ist der sechste Komplex, der von der Firma Metro in China gegründet wurde. Der Supermarkt ist am Rande der Stadt gelegen und umfaßt eine Verkaufsfläche von 40.000 m² und bietet rd. 20.000 Produkte an. Nach Angaben eines Metro-Sprechers besteht die Planung, insgesamt 30 Supermärkte in den nächsten drei Jahren in China zu eröffnen. (XNA, 11.11.99)

Die Norddeutsche Landesbank Girozentrale Hannover (Nord/LB) meldet die Eröffnung einer Repräsentanz in China Anfang November d.J. Die geschäftlichen Aktivitäten in China sollen verstärkt werden. Der Schwerpunkt soll neben dem Interbankengeschäft auf die Begleitung deutscher Unternehmen, auf Projektfinanzierungen sowie auf syndizierte und bilaterale Kredite und Handelsfinanzierungen gelegt werden. (NfA, 4.11.99)

Der Besuch des Bundeskanzlers stand deutlich im Zeichen der Förderung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. Während eine Reihe deutscher Unternehmen, ernüchert über die Realitäten des chinesischen Marktes, an Rückzug denken, weist der Besuch zu Recht darauf hin, daß mit weiter zunehmender wirtschaftlicher Liberalisierung neue Investitionsmöglichkeiten entstehen.

Deutsche Investitionen sind bereits in den letzten Jahren schnell angestiegen. Ende 1998 gab es in China rd. 2.000 deutsche Investitionsprojekte mit einem Volumen von rd. 3,7 Mrd. US\$. Gegenüber 1996 haben sich die deutschen Investitionen damit verdoppelt. Für 1999 bestehen bereits hohe Investitionszusagen (2,4 Mrd. US\$). Zwar beträgt der Anteil Deutschlands an den ausländischen Gesamtinvestitionen trotz dieser enormen Steigerung nur 1-2%, doch wurde von deutscher Seite vor allem in die Schlüsselindustrie investiert, wie z.B. Hüttenindustrie, Chemieindustrie, Maschinen- und Fahrzeugbau und Elektrotechnik. Die politische Begleitung von Projekten mit einem hohen Vertragsvolumen wird als förderlich angesehen, dies galt beispielsweise beim VW-Werk in Shanghai und betrifft auch die von der BASF geplante Investition in Höhe von rd. 5 Mrd. DM zu. Dies wäre dann die größte Einzelinvestition in China und würde die Rolle der BASF als größter Investor im chinesischen Chemiesektor weiter stärken. (BMWI: Deutsch-Chinesische Wirtschaftsbeziehungen, 21.5.99, in: www.localglobal.de) -schü-

22 Ernüchterung ausländischer Investoren über Realitäten des chinesischen Marktes

Nach Angaben des Ministeriums für Außenhandel und wirtschaftliche Zusammenarbeit gingen die Auslandsinvestitionen in den ersten zehn Monaten d.J. im Vergleich zum Vorjahr um 10,5% auf 32,1 Mrd. US\$ zurück. (NfA, 19.11.99)

Als Ursachen für diese Entwicklung werden verschiedene Gründe von ausländischen Beobachtern genannt. Neben geringen Gewinnen und Ungevißheit über den künftigen Wirtschaftskurs der Regierung hätte sich die verbreitete Korruption negativ auf das Investitionsverhalten der ausländischen Unternehmen ausgewirkt. (NfA, 19.11.99) In einigen Zeitungsberichten wird die Ernüchterung der ausländischen Unternehmen sogar als „... Resultat jahrelanger Frustration über Betrug, Übervorteilung, ausbleibende Gewinne und behördliche Schikanen...“ gesehen. Beispiele von einigen Unternehmen wie Whirlpool, Caterpillar oder Freightliner werden angeführt, die sich nach Jahren mit „hohem Lehrgeld“ aus China zurückziehen würden. (NZZ, 9.11.99)

Obwohl die Probleme für ausländische Investoren in China nicht unterbewertet werden sollten, sind Mißerfolge vielfach ebenso auf die unzureichende Vorbereitung auf den chinesischen Markt zurückzuführen. Diese Argumentation wird auch in einem Artikel im *Asian Wall Street Journal* vom 4.11.99 vertreten (Looking Before You Leap Into China).

So müßten sich ausländische Unternehmen vor einem Investitionsengagement beispielsweise klarmachen, daß Betrug, insbesondere Finanzbetrug, in China durchaus ein häufig existierendes Phänomen sei. Selbst offiziellen Angaben zufolge beliefen sich die Fälle von Finanzbetrug auf mehr als 10.000 pro Jahr, während ihre Anzahl noch vor zehn Jahren lediglich rd. 100 pro Jahr betragen habe. In den ersten acht Monaten dieses Jahres wurden Fälle von Finanzbetrug berichtet, die ein Volumen von rd. 10 Mrd. US\$ hatten. Dies war mehr als das 4fache im Vergleich zum Vorjahr.

Während die ausländischen Unternehmen zu Beginn der Reformen vor al-

lem über bürokratische Behinderungen klagten, stehe nunmehr der Betrug an erster Stelle aller Probleme für die Unternehmen. Das Phänomen sei überall gegenwärtig, und es gäbe Fälle von Betrug beim Vertrieb, in den Banken, bei Devisen, Steuern, Zöllen, Akkreditiven, Urheber- und Markenrechten, etc.

Die sorgfältige Vorbereitung auf den chinesischen Markt und seine Untiefen ist von zentraler Bedeutung, um Geschäftsrisiken zu reduzieren. Dabei ist die formale Buchprüfung und die Prüfung der rechtlichen Dokumente nicht ausreichend. Vielmehr müßten die Organisation und die dort arbeitenden leitenden Angestellten genau untersucht werden. Ausländische Manager müßten den Hintergrund der chinesischen Direktoren kennen, mit denen sie zusammen ein Geschäft machen wollen. Sie müßten ihren Ruf, ihre Integrität, ihren persönlichen Lebenslauf sowie ihren Geschäftssinn und ihre Geschäftsbeziehungen kennen, um Entscheidungsrisiken aufgrund unvollständiger oder falscher Informationen zu vermeiden. -schü-

23 China soll sich an internationale Arbeitsstandards anpassen

Die in Brüssel ansässige International Confederation of Free Trade Unions (ICFTU) forderte Mitte November 1999, daß sich China vor einer Aufnahme in die WTO formal verpflichten sollte, die zentralen internationalen Arbeitsstandards anzuerkennen. Nach Ansicht der ICFTU muß China deutlich machen, daß es dieselben Spielregeln wie die übrigen WTO-Mitglieder einhält. Die Liste der Fälle mit Verstößen gegen Arbeitsstandards sei bereits lang und rufe bei anderen Handelspartnern, insbesondere Entwicklungsländern, Bedenken hervor. Diese Länder sähen sich außerstande, konkurrenzfähig gegenüber chinesischen Ausfuhren zu sein.

Als weiteren Kritikpunkt nannte die ICFTU u.a. die Diskriminierung von unabhängigen Gewerkschaften in China, deren Mitglieder Gefängnisstrafen erhielten. Aus Sicht der ICFTU, die insgesamt 127 Mio. Gewerkschaftler in 137 Ländern vertritt, würden falsche Signale an die internationale Gemein-

schaft gesandt, falls China ohne explizite Übernahme der Arbeitsstandards Mitglied werden würde. (FT, 18.11.99)

Nach Einschätzung des Generalsekretärs der ICFTU würden es die Regierungen im weltweiten Wettbewerb um Auslandsinvestitionen zulassen, daß Lebens- und Arbeitsbedingungen des 19. Jahrhunderts selbst im 21. Jahrhundert weiter existieren könnten. Die chinesische Regierung sei in der Lage, Arbeitskräfte billiger als anderswo anzubieten, da sich ein Teil dieser Arbeitskräfte in Arbeitslagern befinde. (IHT, 25.11.99)

Die Aufnahme von Arbeitsstandards als Teilbereich der WTO ist äußerst umstritten und wird von einigen Entwicklungsländern als Mittel bewertet, um neue Barrieren im Handel aufzubauen. Gemäß einem WTO-Beschluß von 1996 sind Arbeitsstandards und ihre Einhaltung auch bisher als Angelegenheit der ILO (International Labour Organisation) angesehen worden.

Die Vernachlässigung von Arbeitsstandards ist eng mit der Zulassung von Unternehmen mit Auslandskapital (UmA) verbunden. Diese Unternehmen verlangten flexible Arbeitsmarktbedingungen, ohne jedoch die gewünschte soziale Absicherung zu übernehmen. Die in diesen Unternehmen auftretenden Arbeitskonflikte und die öffentliche Kritik an der Vernachlässigung von Sozialstandards zwangen die politische Führung, aktiv zu werden und die Interessen der Beschäftigten rechtlich abzusichern. Zu den Mißständen in den UmA, die in der chinesischen Presse vor allem ab 1993 veröffentlicht wurden, zählten die Vernachlässigung von Sicherheitsstandards, um Kosten einzusparen. Mangelnde Sicherheitsvorkehrungen ließen die Zahl der Industrieunfälle in der ersten Hälfte 1993 um 113% ansteigen. Eine der häufigsten Ursachen waren Brände, bei denen aufgrund unzureichender Sicherheitseinrichtungen in den ersten zehn Monaten des Jahres 1993 insgesamt 51.340 Personen verletzt wurden und 1.480 Menschen starben. Von den landesweit 206 Großbränden des Jahres 1993 fanden rd. ein Zehntel in UmA statt. Ein Beispiel für diese Art der Industrieunfälle ist der Brand

in einem UmA aus Hongkong, das in der Nähe von Shenzhen Spielzeug herstellte. Im November 1993 starben bei einem Brand als Folge eines Kurzschlusses und weil die Rettung aufgrund verschlossener und zu kleiner Notausgänge erschwert wurde, 84 Menschen und 45 wurden verletzt, zum überwiegenden Teil weibliche Arbeitskräfte aus den Inlandsprovinzen Sichuan und Hunan. Die unzureichenden Sicherheitsvorkehrungen waren der Spielzeugfabrik bereits acht Monate vor dem Unfall mitgeteilt worden, doch hatte die lokale Gemeinderegierung von zusätzlichen Auflagen für das UmA abgesehen, um das „Investitionsklima nicht zu verschlechtern“. Ähnlich war die Situation bei dem Ausbruch eines Feuers in einer Textilfabrik eines taiwanesischen Investors in Fuzhou, Provinz Fujian, im Dezember 1993, bei dem 60 Menschen, überwiegend weibliche Arbeitskräfte aus den Inlandsprovinzen, starben.

Nicht nur die unzureichenden Sicherheitsstandards wurden in den chinesischen Medien kritisiert, sondern auch die Personalpolitik der UmA. Gegenüber den vor allem weiblichen Arbeitskräften aus den ländlichen Gebieten verfolgte das Management einen äußerst autoritären Führungsstil und nutzte die Asymmetrie der Machtverhältnisse aus. So empfanden es die meisten Arbeitskräfte in den UmA als großes Privileg, dort zu arbeiten, und waren zu vielen Entbehrungen bereit, um den Arbeitsplatz zu behalten. Hinzu kam, daß die Arbeitskräfte ihre Rechte nicht kannten oder nicht durchsetzen konnten. So läßt es sich erklären, daß das Management vieler UmA extrem lange und willkürlich festgesetzte Arbeitszeiten, Lohnkürzungen und verspätete Lohnauszahlungen, beliebige Entlassungen von Arbeitskräften und Verstöße gegen Arbeitsschutzbestimmungen praktizieren konnte. In vielen Fabriken gab es tägliche Arbeitszeiten von 10-12 Stunden, es wurde keine medizinische Versorgung angeboten und kein Schmerzensgeld bei Arbeitsunfällen gezahlt. Auch offene Demütigungen von Arbeitskräften und ihre physische Bestrafung traten auf. So wurden beispielsweise drei des Diebstahls verdächtige Arbeitskräfte in einer Schuhfabrik in Zhongshan, Provinz Guangdong, vom taiwanesischen

Manager eines UmA dazu gezeugen, zwei Stunden niederzuknien und dann in der Fabrik mit einem Plakat auf und ab zu marschieren auf dem „Ich bin ein Dieb“ stand. Nicht nur die Arbeitskräfte in der Schuhfabrik, sondern in Zhongshan insgesamt signalisierten ihre Unterstützung, als die Belegschaft der Fabrik daraufhin in einen Streik trat. Weiterhin zahlten viele UmA aus Hongkong und Taiwan den ländlichen Arbeitskräften weniger als den lokal üblichen Durchschnittslohn. Um die Kosten niedrig zu halten wurde auch bei der Ausstattung mit sanitären Anlagen und der Einrichtung von Unterkünften gespart. Oftmals mußten die Arbeitskräfte sogar die Werkhallen als Schlafsäle benutzen und wurden in einigen Fällen Opfer ausbrechender Feuer in den Fabriken, in denen sie zum Übernachten eingeschlossen wurden.

Die Mißstände in den Unternehmen führten zu Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen sowie zur Gründung von inoffiziellen Gewerkschaften. Der Druck auf die rechtliche Absicherung der Arbeitskräfte wurde größer. Ende 1994 wurde das erste Arbeitsgesetz in der Geschichte der VR China verabschiedet und trat zum 1.1.1995 in Kraft. Mit den Bestimmungen zu Arbeitsverträgen, Arbeitszeit, Entlohnung, Sozialversicherung, Regelung von Arbeitsstreitigkeiten etc. bot das Gesetz auch den Beschäftigten in den UmA den notwendigen rechtlichen Schutz. Allerdings läßt die Umsetzung der Bestimmungen noch viel zu wünschen übrig. (Siehe dazu auch Schüller, Margot (1998), „Globalisierung, Liberalisierung und soziale Stabilisierung in China“, in: *NORD SÜD aktuell*, 1998, No. 3, S.512-523) -schü-

ten Monat ein negatives Wachstum, das deutlich niedriger als die August-Wachstumsrate (+9,5%) lag. Das Statistikkamt führte das relativ langsame Wachstumstempo auf das vergleichsweise hohe Basiswachstum im Vorjahresmonat zurück sowie auf die drei Ferientage anlässlich des Nationalfeiertags. Für die gesamte Periode Januar bis Oktober wurde eine Wachstumsrate der industriellen Wertschöpfung von 9,1% gemeldet. (XNA, 10.11.99)

Nach Prognosen von Ökonomen bei der Akademie der Sozialwissenschaften wird das Wirtschaftswachstum im Jahre 1999 um 7,6% steigen und damit vergleichbar hoch wie im Vorjahr liegen. Dies Wachstum wird als Ergebnis der aktiven Fiskalpolitik der Regierung und verschiedener Maßnahmen zur Stimulierung der Konsumnachfrage angesehen. Für das kommende Jahr 2000 gehen die Ökonomen davon aus, daß ein Entwicklungstempo von 7,5-8% erreicht werden konnte.

Vorbedingung für die genannten Wachstumsraten in den Jahren 1999 und 2000 ist eine Steigerung der Anlageinvestitionen um 10,3% bzw. um 9,4%. Für 1999 wird ein negatives Wachstum des Einzelhandelspreisindex von 3% und für das kommende Jahr von +0,1% angenommen. Es wird außerdem mit einer Zunahme des Einzelhandelsvolumens um 10% bzw. 9,4% gerechnet. Obwohl das Importwachstum höher als das Exportwachstum ausfallen wird, erwarten die Ökonomen der Akademie der Sozialwissenschaften auch in 1999 und 2000 einen Handelsbilanzüberschuß. (XNA, 10.11.99)

Daß auch für das Jahr 2000 mit einer Wachstumsrate von über 7% gerechnet werden kann, davon ging der Außenhandelsminister Shi Guangsheng Ende November aus. Shi kündigte an, daß die Regierung ihre aktive Fiskalpolitik und ihre gelockerte Kreditpolitik im kommenden Jahr beibehalten werde. Nach Einschätzung von ausländischen Analysten sei eine Wachstumsrate von 7% zwar international gesehen relativ hoch, rufe in China jedoch Besorgnis hervor. Diese Rate signalisiere, daß China noch keine Kehrtwende im Wirtschaftswachstum, das seit 1994 kontinuierlich zurückgehen würde, erreichen konnte. (FT, 26.11.99)

Nach wie vor halten sich die Konsumenten bei Ausgaben zurück und tragen damit zu einem „relativ“ schwachen Wachstumstempo bei. Zu den Problembereichen in der Wirtschaftsentwicklung zählen nach wie vor die Staatsunternehmen. Nach Angaben von Zhen Silin, stellvertretender Direktor der Staatlichen Wirtschafts- und Handelskommission, sieht sich der staatliche Industriesektor mit hohen Kapazitätsüberschüssen konfrontiert. Weiterhin gebe es rd. 10 Mio. überschüssiger Arbeitskräfte in den staats-eigenen Unternehmen. Außerdem sei die Verschuldung dieser Unternehmen gestiegen und liege derzeit bei 75% der Vermögenswerte bei den meisten Staatsunternehmen. Gleichzeitig hätten die meisten Unternehmen Liquiditätsprobleme. (AWSJ, 8.11.99) -schü-

25 Arbeitskonferenz zur Wirtschaftsentwicklung im Jahr 2000

Auf der dreitägigen Arbeitskonferenz der Zentralregierung zur Wirtschaftsentwicklung im kommenden Jahr wurden die Belegung der staatseigenen Unternehmen und die Fortsetzung der aktiven Fiskalpolitik als Arbeitsschwerpunkte ausgewählt.

Auf der Konferenz wurde u.a. die Umsetzung der Richtlinien des 15. Parteitag der KPCh zur Reform der Staatsunternehmen, zur wirtschaftlichen Umstrukturierung sowie zu wissenschaftlich-technologischen Fortschritten und die Ausweitung der Inlandsnachfrage gefordert.

Um die aktuellen Probleme in der Wirtschaftsentwicklung zu überwinden, zu denen eine unzureichende Inlandsnachfrage, ein starker Beschäftigungsdruck, ein langsamer Anstieg der bäuerlichen Einkommen und eine ineffiziente Wirtschaftsstruktur gezählt wurden, legte die Konferenz fünf Schwerpunktmaßnahmen für das kommende Jahr fest:

1. Wachstum ist der Schlüssel, um die aktuellen wirtschaftlichen Probleme zu überwinden und eine stabile langfristige Entwicklung zu erreichen. Im nächsten Jahr wird die aktive Fiskalpolitik fortgesetzt, und es werden dafür zusätzliche Staatsanleihen zur Finanzie-

Binnenwirtschaft

24 Wachstumsziel für 1999 erreicht?

Nach Angaben des Staatlichen Statistikkamtes betrug die Wachstumsrate der industriellen Wertschöpfung im Oktober im Vergleich zum Vorjahresmonat lediglich 7%. Damit verzeichnete der Industriesektor bereits im zwei-